

BaWü-Check

Auf gut Schwäbisch

VON CHRISTIAN GOTTSCHALK

STUTTGART. Die warme Jahreszeit kommt, aber warm ums Herz ist es den Menschen gerade nicht zumute. Der Krieg in der Ukraine hat dem Optimismus im Land einen Dämpfer versetzt. Nur noch weniger als ein Viertel aller Baden-Württemberger sieht den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnung entgegen. Die große Mehrheit ist tief besorgt. Dies legt die aktuelle Meinungsumfrage im BaWü-Check offen.

1 Stimmung
Die Coronapandemie hat die Vorarbeit geleistet, der russische Angriff auf die Ukraine versetzt der guten Laune nun vollends den Todesstoß. Schon in den letzten zwei Jahren war die Stimmung in der Bevölkerung eher verhalten. Nun ist der Optimismus nahezu verschwunden. Gerade einmal 24 Prozent der Befragten sehen mit Freude nach vorn. Im Juli waren es noch 45 Prozent gewesen. Der Krieg, die Sicherheit der Energieversorgung und Inflationsängste bestimmen aktuell die Gefühlswelt. Ein Drittel der Baden-Württemberger schaut daher mit Skepsis, ein weiteres Drittel sogar mit Befürchtungen auf die kommenden zwölf Monate.

2 Flüchtlinge, Teil 1 - Theorie
Die Stimmung ist schlecht – allerdings nicht gegenüber den aus der Ukraine geflüchteten Menschen. Da ist die Hilfsbereitschaft groß. Jeder Zweite im Land hält es für richtig, dass Baden-Württemberg so viele Flüchtlinge aufnimmt wie möglich. 43 Prozent geben an, man solle nur eine bestimmte Zahl an Flüchtlingen aufnehmen, sechs Prozent wollen gar keine, oder nur sehr wenige Flüchtlinge im Land. Die grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen ist hoch. 44 Prozent der Baden-Württemberger geben an, dazu bereit zu sein. Jeder Dritte schließt dies allerdings kategorisch aus. Von denen, die auch die Möglichkeit dazu hätten, zeigen sich 68 Prozent offen für eine Aufnahme.



3 Flüchtlinge, Teil 2 - Praxis
Gerade einmal zwölf Prozent der Menschen im Land geben an, sie hätten die räumlichen Möglichkeiten, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen. Die überwältigende Mehrheit kann dies nicht. Von denen, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung besitzen, wären 16 Prozent bereit, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Bei den Mietern sind es sieben Prozent.

4 Energiepreise
Bei keinem anderen Thema kommt einem der Krieg in der Ukraine so nahe wie bei den Energiepreisen. Die große Mehrheit macht sich Sorgen um die Sicherheit der Energieversorgung, schon jetzt ist die Belastung durch gestiegene Preise für Benzin, Diesel, Heizöl, Gas und Strom hoch. Jeder Vierte berichtet davon, dass ihn die gestiegenen Preise massiv belasten und in große Schwierigkeiten bringen. Weitere 62 Prozent spüren die Belastung, halten diese aber für (noch) verkraftbar. 13 Prozent ficht das Hauptthema der letzten Tage nicht weiter an. Sie geben an, von den Preissteigerungen kaum belastet zu werden und haben keine finanziellen Schwierigkeiten aus diesem Grund.

5 Staatliche Hilfe
Eine ganze Nacht lang haben in Berlin die Vertreter der Ampelkoalition zusammengesessen, um ein Hilfspaket für von hohen Energiepreisen belastete Bürger zu schnüren. Das Ergebnis ist bekannt: 300 Euro für jeden erwerbstätigen Steuerzahler, Rabatt beim Tanken, billigere Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr. Immerhin zum Teil treffen diese Maßnahmen auf Zustimmung. 69 Prozent der Baden-Württemberger fordern, die Steuern auf Benzin und Diesel zu senken. Von denen, die angeben, durch die hohen Energiepreise selbst stark betroffen zu sein, sind es sogar 78 Prozent, die für eine Steuersenkung plädieren. Den Vorschlag von Finanzminister Christian Lindner (FDP), den Menschen beim Tanken direkt einen Zuschuss zu gewähren, halten gerade einmal zwölf Prozent für eine gute Idee. Noch geringer ist die Zustimmung zu dem Plan, die Pendlerpauschale zu erhöhen. Das finden gerade einmal acht Prozent der Baden-Württemberger sinnvoll. Elf Prozent sagen übrigens, der Staat solle gar nicht eingreifen.



„Der Krisenrabatt kann einen wichtigen Beitrag leisten.“
Christian Lindner, Finanzminister



Das Atomkraftwerk Neckarwestheim
Foto: dpa/ Patrick Seeger

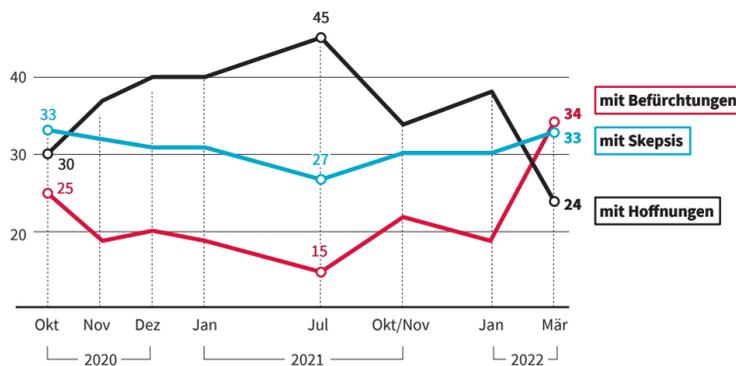
Lieber Atomkraft als Tempolimit

Der russische Angriffskrieg und seine Folgen drücken die Stimmung. Angst vor Energiemangel wächst.

Der BaWü-Check in ausgewählten Grafiken

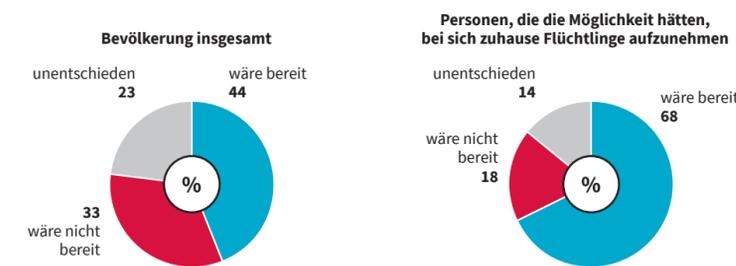
Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?

Angaben in Prozent



Wären Sie grundsätzlich dazu bereit, bei sich zuhause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen oder nicht?

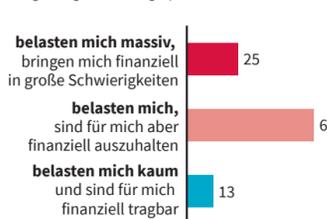
Angaben in Prozent



Wie stark sind Sie derzeit von den gestiegenen Energiepreisen betroffen?

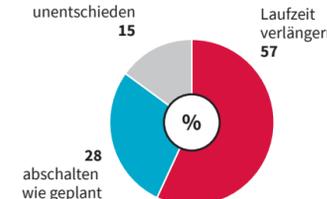
Angaben in Prozent, Bevölkerung ab 18 Jahren

Die gestiegenen Energiepreise...



Sollte die Laufzeit des noch betriebenen Atomkraftwerks Neckarwestheim II in der jetzigen Situation verlängert werden?

Angaben in Prozent



Grafik: Zapletal

Aufgrund der aktuellen Krisen haben Bund und Länder höhere Ausgaben als geplant. Wo sollte Baden-Württemberg sparen, wenn gespart werden muss?

Angaben in Prozent, Bevölkerung ab 18 Jahren



Quelle: ifD-Allensbach

Was ist der BaWü-Check?

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg. Sie wird vom Institut für Demoskopie Allensbach inzwischen zum achten Mal durchgeführt. In diesem Jahr ist es das erste Mal, dass der BaWü-Check den Bürgern im Südwesten den politischen Puls gefühlt hat.

Zeitraum In der Zeit vom 23. bis zum 29. März 2022 wurden in Baden-Württemberg 1057 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasste 14 Fragen rund um den russischen Angriffskrieg und dessen Folgen. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten ankreuzen.

Auswahl Um die Repräsentativität der Befragung zu gewährleisten, wurde eine faktorielle Gewichtung der Stichprobe vorgenommen. Diese orientiert sich an den Ergebnissen des Mikrozensus aus dem Jahr 2020. red

6 Tempolimit und Energiesparen

Die Berechnungen variieren, das Ergebnis ist eindeutig: Mit einem Tempolimit auf deutschen Autobahnen, ließe sich Sprit sparen – und somit der Ölimport senken. Die Rechnung der Wissenschaftler ist das eine, die Meinung der Baden-Württemberger das andere. 47 Prozent halten Tempo 100 auf der Autobahn für einen schlechten Vorschlag, 37 Prozent sind dafür. Vor allem Vielfahrer sprechen sich gegen ein Tempolimit aus. Energiesparen ist gleichwohl ein Thema. 45 Prozent geben an, weniger Auto zu fahren, 36 Prozent sagen, dass sie zu Hause weniger heizen.

7 Atomkraftwerke

In Deutschland sind derzeit drei Atomkraftwerke in Betrieb, am Jahresende sollen sie ausgeschaltet werden. Eines davon steht in Baden-Württemberg, in Neckarwestheim. Die einst breite Unterstützung für den Ausstieg aus der Kernenergie ist in der Vergangenheit zurückgegangen, mit dem Krieg in der Ukraine sinkt sie rapide. 57 Prozent der Menschen im Land fordern, die Laufzeit der Kraftwerke zu verlängern, um die Energiesicherheit zu gewährleisten. 28 Prozent sprechen sich dafür aus, die Kraftwerke am Jahresende stillzulegen. Gleichzeitig unterstützt eine klare Mehrheit der Befragten den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. 60 Prozent wollen den Windkraftausbau schnell vorantreiben – nahezu parteiübergreifend. Die Anhänger der Grünen sind mit 85 Prozent besonders stark dafür, bei diesem Thema Tempo zu machen. Von den SPD-Sympathisanten wollen es 77 Prozent, 60 Prozent sind es bei der CDU und 56 bei der FDP. Nur AfD-Anhänger scheuen aus. Hier befürworten 29 Prozent einen schnellen Ausbau. Insgesamt 55 Prozent aller Befragten halten es für einen guten Vorschlag, die Einsparungsmöglichkeiten der Bürger gegen geplante Windräder zu begrenzen, um die Genehmigungsverfahren schneller voran zu treiben. 26 Prozent sind in diesem Punkt anderer Meinung. Und immerhin 58 Prozent geben an, dass sie auch ein Windrad in ihrer Nachbarschaft nicht stören würde. Das sehen 24 Prozent anders, sie wollen, dass sich keine Propeller in der Nähe zum eigenen Wohnzimmer drehen.

8 Hier spart der Staat

Maßnahmen zur Abfederung der Coronapandemie, Entlastungen der Bürger bei den Energiepreisen, Flüchtlinge aus der Ukraine – neben seinen gewöhnlichen Ausgaben muss der Staat derzeit bei vielen anderen Dingen tief in die Tasche greifen. Infolgedessen muss nicht nur der Bund sparen, sondern auch die Bundesländer. Aber wobei? Am ehesten bei Großprojekten, sagen 56 Prozent der Baden-Württemberger. Auf Rang zwei der vorgeschlagenen Einsparungsmöglichkeiten steht die Sportförderung, hier können sich 30 Prozent vorstellen, weniger Geld auszugeben. 27 Prozent sind für Sparmaßnahmen bei Kultureinrichtungen, zum Beispiel bei Theatern oder Museen. Am wenigsten soll aus der Sicht der Menschen bei Krankenhäusern oder Sozialstationen eingespart werden, das befürwortet gerade einmal ein Prozent der Befragten. Und auch bei der Schule (vier Prozent) und der Polizei (fünf Prozent) wollen die Menschen den Geldhahn nicht weiter zudrehen. Auch die Forschungsförderung (zehn Prozent) genießt hohe Wertschätzung.

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reischmeckle

Katzen und Uhren

VON JAN SELLNER

Auch heute schleichen Katzen durch die „Auf-gut-Schwäbisch“-Spalte: „Mein Vater war ein großer ‚Katzen-Datte‘ (-Freund) schreibt Walter Seeger aus Gäufelden-Öschelbronn. „Er behauptete, seine Katze kenne die Uhr. Wenn’s einer nicht glauben wollte, erzählte er: ‚I hau dr Karz auf d’ Wurscht ond a Uhr naghebt – no hot se d’ Wurscht gressa!‘ So isch no au wieder.“

Anke Ullmann vom Engelberg ergänzt: „Wenn die Eltern weg waret und d’ Kender alloe drhoim, hot mr au gsagt: ‚Wenn d’ Katz fort isch, danzat d’ Meis uffm Disch!‘“

Dazu noch ein älterer Beitrag von Renate Eberle aus Stuttgart: „Beim Auswaschen meiner Küchenschubladen fand ich einen ‚Gummischaber‘ mit einem Griff aus Holz, der folgende Aufschrift trug: ‚Katzenzunge DBG – Sauber wie geleckt!‘ Es ist ein Erbstück von meiner Tante Paula (Jahrgang 1902). und ich wußte gar nicht mehr, dass ich so etwas besitze!“

„Neulich an Dialog beim Metzger ghairt“, erzählt Robert Schweizer aus Filderstadt: „I hätt gern 100 Gramm vo dära Salami!“, „Des isch aber a idalienische...“, „Sell macht nix, i will ja mit derra jo ed schwätza, i will se zom veschbra!“

Siegfried Briemle weiß, wie man eine Menschenansammlung im Schwabenland schnell auflösen kann. „Ein schwäbischer Polizist hatte den genialen Einfall: ‚Ha, do dua i mei Mütz ra ond fang oa zom Sammla ond ruck zuck schdande alloi do!‘“

Inge Heinrich aus Urbach hat uns folgende Frühlinganekdote geschickt: „Neulich war unsere Enkelin Liann (11 Jahre) zu Besuch. Auf ihren Wunsch holte ich alte Familienalben und von meiner Mutter gesammelte Gedichte hervor. Beim Blättern fiel uns ein Zettel in die Hände mit folgenden Zeilen: ‚Jeden Dag beim scheena Weddr hanget aus de Fenschdr d’Beddr. Mit dem Klopfer an de Pradza huet d’Weiber uff d’Matratza bis se gehn, dia ledsche Füz – Frühling wird’s!‘ Liann hat herzlich gelacht, meinte dann aber: ‚Gell Oma, des Gedicht kann i aber en dr Schual net vortrage, wenn mei Lehrerin frogt, ob mir ebbes zom Frühling saget kennt...‘ So isch’s no au widder.“

Ulrich Breitmaier aus Herrenberg meldet sich mit einer Frage: „Mir ist ein schwäbischer Begriff eingefallen, den ich früher öfter gehört habe: ‚Broochquadd!‘ Ich meine, das beschreibt eine unbeholfene Person. Weiß jemand, woher der Begriff stammt?“

Der Spruch des Tages kommt von Elvira Rudat aus Tischarth: „Wenn’s beim Schaffa et richtig norah got, sagt mr aus: ‚Dr Oine hebt, ond dr Andere lässt et los!‘“

→ Schreiben Sie uns:

Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: land@strn.zqs.de

Land kassiert mehr Grunderwerbsteuer

STUTTGART. Das Land Baden-Württemberg hat im vergangenen Jahr 2,46 Milliarden Euro Grunderwerbsteuer eingenommen. Wie das Statistische Landesamt mitteilte, stiegen die Einnahmen 2021 um 9,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Rund 953 Millionen Euro wurden an die Stadt- und Landkreise weitergereicht, denen durch das Finanzausgleichsgesetz 38,85 Prozent der Einnahmen für ihre Gebiete zustehen. Die leichte Abweichung der Summe liege daran, dass teilweise zeitversetzt verbucht werde.

Vereinzelte extreme Veränderungen seien auf lokale Sondereffekte oder Einzelfälle zurückzuführen. So verzeichnete etwa der Hohenlohekreis ein Plus von 57,4 und der Landkreis Neckar-Odenwald ein Minus von neun Prozent. Bei den Stadtkreisen ist Heidelberg mit einem Plus von 42 Prozent Spitzenreiter.

Den stärksten Rückgang verzeichnete die Stadt Ulm mit einem Minus von 24,5 Prozent. Im Schnitt verbuchten die Stadtkreise einen Zuwachs von rund sechs Prozent, nachdem sie 2020 einen Rückgang von rund neun Prozent gemeldet hatten. Grunderwerbsteuer müssen vor allem Grundstücks Käufer zahlen. In Baden-Württemberg beträgt sie fünf Prozent des Preises. lsw